

# DIE FACKEL

Nr. 35

WIEN, MITTE MÄRZ

1900

## DIE 'NEUE FREIE PRESSE' ÜBER DIE DEFRAUDATION DES ZEITUNGSSTEMPELS

**E**in Dokument, das sich seit einigen Tagen in meinen Händen befindet, gestattet es mir, den Lesern die Bekenntnisse einer schönen Seele zu vermitteln. Die 'Neue Freie Presse' hat sich für die Stempeldefraudation, mit der sie sich zugleich den etwa noch vorhandenen Rest von Achtung des Wiener Publikums geraubt hat, demütig zu entschuldigen gesucht. Nicht etwa in ihrem Morgen— oder Abendblatt oder in einer jener dürftigen »Extraausgaben«, die sich ohnehin wie ein gleich um Verzeihung bittender Dieb jeden Montagmorgen in die Wohnungen schleichen. Nicht in einem offenen Appell an die Leser, die es gnädigst gestatten mögen, daß die von Aktiengesellschaften, Banken und Kartellen zu Millionären gemästeten Hüter der öffentlichen Meinung auch noch die Kreuzersteuer einstecken. Nein, in einem artigen Briefchen, das die Administration der 'Neuen Freien Presse' am 15. Februar an eine Wiener Trafikantin gesandt hat und das nun, wie dies schon zu geschehen pflegt, sich seit einigen Tagen in meinen Händen befindet.

Die liebenswürdige Verschleißerin hat es mir freigestellt, aus dem Dokument, das sie mir sendet, den Lesern der 'Fackel' einiges zu verraten, und ich glaube nur im Sinne der 'Neuen Freien Presse', der die Erörterung der eigenen Angelegenheit im eigenen Blatte unbequem ist, zu handeln, wenn ich ihren Beweggründen, die sie brieflich für die Stempeldefraudation ins Treffen führt, nach Kräften Publizität leihe. Die Verschleißerin hat sich, da sie das Schriftstück mir anvertraute, von den gleichen Intentionen leiten lassen. Ihr ist daran gelegen, daß sich der Verkauf der 'Neuen Freien Presse' wieder hebe; sie spricht von einer »früheren Abonnentenzahl«, die wieder »erreicht« werden könnte. Wenn die Wiener erfahren, wie ernst die 'Neue Freie Presse' bei der Einsackung des Zeitungsstempels vorgegangen ist, mit wie sachlichen Argumenten sie sich rechtfertigt und wie treuherzig sie dabei nur auf das Wohl ihrer Leser bedacht war, werden sie den alten Glauben an die Unschuld der Dame in der Fichtegasse wiederfinden, die man schon für eine Masseuse halten wollte und die im Grunde nichts ist, als eine opferfreudige »Krankenpflegerin«. Ein nobles Publikum zahlt mit Vergnügen das Strumpfgeld, das der Stempel ausmacht, und geht bedenkenlos in die Laube, wenn der alte Schmeichelton lockt und die bejahrte Freundin verschämt die Augen niederschlägt, als ob sie fragen wollte: »Mama, was sind das, Pauschalien?«

»Anlässlich der Aufhebung des Zeitungsstempels« — so schreibt mir die Trafikantin — »habe ich auf Wunsch meiner Abonnenten und im Interesse meiner Berufsklasse an die 'Neue Freie Presse' ein Schreiben gerichtet, in

welchem ich für die Herabsetzung des Abonnementspreises für das Publikum und die Erhöhung der Provisionsgebühr von 20 auf 30 Kreuzer per Abonnement für die Verschleißer eintrat. Letzteres aus dem Grunde, weil die anderen Zeitungen 30 bis 40 Kreuzer Provision zahlen, die *'Neue Freie Presse'* aber die geringste Entlohnung bietet.« ... Die *'Neue Freie Presse'* hat der Verschleißerin in einem Schreiben geantwortet, das auf drei engbeschriebenen Quartseiten bald Reue, niederschmetterndes Schuldbewußtsein, bald wieder eine pyramidale Frechheit im Ersinnen von Ausreden und Entschuldigungen offenbart. Die Angeklagte leugnet hartnäckig, die Tat vollbracht zu haben, das heißt: sie gibt die Stempeldefraudation zu, versucht es aber, dafür heroische Motive ins Treffen zu führen und die Beschuldigung gewinnsüchtiger als einen »Irrtum« hinzustellen. Sie will zunächst »zur tatsächlichen Aufklärung einen Irrtum berichtigen, der sich leider in den Kreisen des Publikums verbreitet hat«. Da aber Gefahr vorhanden ist, daß der Irrtum bald in den Kreisen des Publikums verbreiteter sein wird als die *'Neue Freie Presse'*, fleht sie die Trafikantin, die den Mut zur Interpellation gefunden hatte, inständigst an, wenigstens in ihren Kreisen die ihr übermittelten Aufklärungen zu verbreiten.

Welcher Art sind nun diese Aufklärungen? Hören und staunen wir. »Die ganze Ersparnis für den Stempel« — so beginnt die Rechtfertigung »beträgt brutto nicht einmal volle 28 Kreuzer für den Monat und für den Abonnenten.« Wie schlicht und wahr ist das! Der Monat hat gewöhnlich nur 30 Tage, während zweier aufeinanderfolgender Feiertage erscheint nur eine Ausgabe, und die Abendblätter trugen einen leeren Stempel, der nichts gekostet hat. Bleiben richtig etwa 28 bis 30 besteuerte Morgenblätter, jedesmal ein Kreuzer, und — ein Kreuzer ist doch wahrhaftig wenig ... Nun folgt ein Hinweis auf die anderen Zeitungen, die auch nicht mit dem Preise heruntergegangen sind. Deren Herstellungskosten seien viel geringer als die der *'Neuen Freien Presse'*. Daß auch die Pauschalien viel geringer sind, wird natürlich nicht erwähnt. Die *'Neue Freie Presse'* entschuldigt sich mit der Schufferei ihrer Kolleginnen; das mag ihr hingehen. Wenn sie aber auch auf die Haltung »sozialistischer Blätter« anspielt, so wagt sie eine Keckheit, die sie sich eben nur brieflich gestatten darf. Die »sozialistischen Blätter« haben den Preis zwar nicht für den Einzelverschleiß, aber im Abonnement ermäßigt und sind kaum durch die Aufhebung des Stempels in Stand gesetzt, aus jener Notlage ehrlich loszukommen, aus der sich Blätter, wie die *'Neue Freie Presse'*, jederzeit mit Hilfe eines geübten »Volkswirts« befreien können.

Und nun die »Herstellungskosten«. Sie erhöhen sich, wie die Administration beteuert, »fortwährend rapid«. Ja, was kostet denn auf einmal so viel Geld? Bekommen etwa die Redakteure seit 1. Jänner erhöhte Gagen? Haben externe Schreibsklaven, die in der *'Neuen Freien Presse'* seit jeher erbärmlich bezahlt wurden, einen kleinen Vorteil von der Aufhebung des Zeitungsstempels errungen? Wird den armen Laufburschen der Sensation, Wahlberichterstatern und Beinbruchreportern ein anständiges Mittagessen vergütet? Nichts von alledem. Die Redakteure, die Fleiß und manchmal auch Begabung im Dienste unersättlicher Kapitalisten aufwenden, beziehen nach wie vor die schlechtesten Gagen, die ein großes Wiener Zeitungsunternehmen zahlt; die Zeilenhonorare der Externisten wurden, wie man mir mitteilt, verringert; die Spesenrechnungen erfreuen sich unvermindert sorgfältiger Zensur. Worin liegt also die Vermehrung der Kosten? — Im Krieg und im Streike. Wer's nicht glaubt, höre die Aufklärung. »Gegenwärtig steigert« — ich zitiere wörtlich — »die Berichterstattung über den Krieg und über den Streik, welche die *'Neue Freie Presse'* im größten Stile besorgt, das Budget in empfindlicher Weise.« Ich hätte dem Blatte so lapidare, das Budget seiner Unverschämtheit über-

steigende Anmaßung nicht zugetraut. Weil also das Weltblatt sich über Transvaal und den Streik von 100.000 österreichischen Kohlengräbern unterrichtet zeigen muß, erbittet es die Bewunderung seiner Leser für diese besondere Kraftanstrengung. Was nützt die Aufhebung des Zeitungsstempels, wenn's in Südafrika Krieg und in Ostrau—Karwin Ausstand gibt? »*Sie werden viele Nummern finden*« — ruft die 'Neue Freie Presse' der Trafikantin zu —, »*in welchen der telegraphisch übermittelte Text den größten Teil des Raumes ausfüllt.*« Ereignisse, wie Krieg und Streik hat es seit dem Bestand der 'Neuen Freien Presse' und bis zur Aufhebung des Stempels nicht gegeben — und die Berichterstattung in der Dreyfus—Affäre, die durch drei Jahre oft den abgeschmacktesten Text »telegraphisch übermittelte« und zumeist mit den albernsten Erfindungen »den größten Teil des Raumes ausfüllte«, galt doch einer Sache der Gerechtigkeit, der ja überhaupt durch »vermehrte Kosten« der Sieg erkämpft wurde ... Die Administration der 'Neuen Freien Presse', die so bewegliche Klage ob der Zeiten Wandel führt, könnte wohl im eigenen Wirkungskreise darüber aussagen, daß so mancher Text, der den größten Teil des Raumes *nicht* ausfüllte, mehr eingetragen hat, als die ausgedehnteste Berichterstattung verschlang. Die Wahrheiten, die die 'Neue Freie Presse' seit ihrem Bestande unterdrückt hat, konnten ihr immer noch den Sack füllen, wenn die Lügen, die sie brachte, allzu kostspielig wurden. Die Administration spricht von den Spesen des Textes, der den größten Teil des Raumes täglich ausfüllt. Der Rest ist Schweiggeld ...

Aber noch bevor die Engländer in Prätoria eingerückt sein werden und bevor noch die sozialpolitische Einsicht der Regierung Koerber den Grubenbesitzern zu einem traurigen Sieg verholfen haben wird, — trotz Krieg und Streik hat die 'Neue Freie Presse' »die Absicht, den Abonnenten eine volle Kompensation für die Ersparnis, die, wie gesagt, brutto *kaum* 28 Kreuzer beträgt, zu bieten.« »Wir werden dies tun ohne Rücksicht darauf, daß *im Zusammenhange* mit der Aufhebung des Zeitungsstempels unsere Kosten bedeutend gestiegen sind.« Ja, hängt denn außer Krieg und Streik noch etwas mit der Aufhebung des Zeitungsstempels, zusammen? Natürlich! Und zwar — kundige Leser erraten es schon — die *Setzer*. Die Arbeiter also, die immer erhalten müssen, wenn die Profitlaune des Unternehmers nach einem Vorwand sucht. Sie haben — ich zitiere wörtlich — »neuestens Forderungen gestellt, die wir bewilligen mußten, und die unser Jahresbudget *mit etwa 25.000 fl. belasten werden*<sup>1</sup>.« Hier unterbrach mich mein Setzer und bat mich, ihm die fachmännische Erledigung dieser speziellen Dreistigkeit zu überlassen. Er meint, es sei nicht schön von der 'Neuen Freien Presse', daß sie sich nicht damit begnügen wolle, in ihrer *eigenen* Offizin Lügen in Druck legen zu lassen. Ich habe ihm gerne in dieser Sache das Wort erteilt, und nun, da er nachgewiesen hat, daß die Splendinität der 'Neuen Freien Presse' eitel Lüge ist, richte ich an seine siebzig Kollegen in der Druckerei der Fichtegasse den Appell, durch eine nachträgliche Forderung von 18.000 Gulden die Behauptung ihrer Chefs wahrzumachen. Dann aber würden noch »etwa« 150.000 fl. bleiben, gewonnen durch die Aufhebung des Zeitungsstempels in der Wertheim'schen Kasse der Herausgeber. Kommt abermals etwas in Abzug? Gewiß. »Das Abonnement auf die Depeschen des Korrespondenzbüro und auf die wichtigsten Lokalkorrespondenzen ist viel teurer geworden.« Die Administration schämte sich denn doch, den Betrag dieser »Teuerung« ziffermäßig anzugeben. Daß auch die Korrespondenzen von der Stempelbefreiung,

---

1 Unverschämt gelogen. Die Durchführung des neuen Zeitungssetzertarifes wird das Jahresbudget der 'Neuen Freien Presse', die circa 70 Setzer beschäftigt, höchstens mit 7000 fl. belasten. Anm. des Setzers. [KK]

die nun einmal nicht dem Publikum zugute kam, ein wenig profitieren möchten, will sie freilich nicht einsehen.

Was geschieht mit dem »Rest« des Stempelgeldes, der noch immer fast das stattliche Aussehen eines Ganzen hat? Er wird — kundige Leser erraten es schon und die Trafikantin erzählt's den anderen — auf die »Ausgestaltung des Blattes« verwendet. »Wir bitten Sie, den Abonnenten, welche das Blatt von Ihnen beziehen, mitzuteilen, daß wir eine wesentliche *Ausgestaltung* des ganzen Blattes schon für die nächste Zeit beabsichtigen«: 1. »Die Publikation von Fachblättern.« Sie hat bereits begonnen und wurde von mir auch bereits gewürdigt. 2. »Die Vergrößerung des Blattes um eine Seite täglich.« Vergrößerung des Textes oder Vergrößerung der Zeitung? Wenn die Seite keine Inseratenseite ist, so ist sicherlich die dazugehörige Rückseite eine solche; eine Zeitung kann ja doch nur um Blätter, nicht um Seiten vergrößert werden. Am Ende eine neue Seite des *Economisten*? Dann werden ja die Herstellungskosten gedeckt sein, bevor die erste Zeile geschrieben ist. 3. »Die Berichterstattung über die Pariser Weltausstellung soll ohne Rücksicht auf die Kosten im größten Stile eingerichtet werden.« Als ob die Reklamegelder der österreichischen Händler, die da als Aussteller genannt werden sollen, nicht reichlich die Telegrammspesen deckten! 4. »Die Ausgabe von Extrablättern bei irgend wichtigeren Ereignissen, besonders an Montagen.« Aber Extraausgaben wurden doch auch bisher bei allen wichtigeren Gelegenheiten — es sei denn, daß der jeweilige Pariser Korrespondent die Ermordung der Präsidenten der französischen Republik verschlief — glücklich veranstaltet. Und die Extrablätter, die uns jetzt regelmäßig am Montag wichtigere Ereignisse vorgaukeln, haben wahrlich schon nach den ersten Proben den Reiz der Originalität eingebüßt und bilden infolge der Pünktlichkeit ihres Erscheinens nur mehr das Montagsgespött Wiens. Die Gewerbebehörde wird übrigens nicht lange der systematischen Erzeugung von Überraschungen zusehen. 5. »Nach Eröffnung des deutsch—amerikanischen Kabels wird die 'N. Fr. Pr.' täglich eine ausführliche Kabeldepesche über politische und wirtschaftliche Ereignisse in den Vereinigten Staaten veröffentlichen.« Das klingt bedeutend, man glaubt beinahe, daß für die 'Neue Freie Presse' ein eigenes Kabel gelegt wird. Dem ist natürlich nicht so.

Das Ganze reduziert sich darauf, daß ein Wiener Journalist, der beschlossen hatte, sich in New—York niederzulassen, der 'Neuen Freien Presse' kürzlich den Antrag stellte, ihr von dort Berichte zu senden. Die Herausgeber aber nahmen den Vorschlag, trotzdem sie sich gerade vorher den Zeitungsstempel aufgehoben hatten, durchaus nicht enthusiastisch auf, sondern gaben im Gegenteil der Befürchtung Ausdruck, daß ihnen die Sache zu teuer kommen könnte. So ging denn der Mann nach Berlin, wandte sich an den 'Lokalanzeiger' und gewann in der Tat Herrn Scherl für seinen Plan. Der Berliner Verleger wollte den Korrespondenten sogar für sein Blatt allein haben, aber der Wiener Journalist wollte auf die mehr ehrenhafte als einträgliche Verbindung mit der 'Neuen Freien Presse' nicht verzichten. Und jetzt tut sie gar stolz, weil das reiche Berliner Klatschblatt sich einen Spezialberichterstatter in New—York bezahlen kann.

Der Brief schließt mit den Worten: »*Nehmen Sie, hochgeehrte Frau, die Versicherung entgegen*, daß die 'N. Fr. Pr.' keinen Aufwand scheut und scheuen wird, wenn es sich darum handelt, das Interesse der Leser zu befriedigen. Die Ersparnis an Stempel wird durch Mehrleistungen ein *Vorteil* des Publikums werden und ein *viel größerer*, als wenn ein Nachlaß von *einigen* Kreuzern im monatlichen oder vierteljährlichen Abonnementspreis erfolgen würde. Wir wären Ihnen *sehr dankbar*, wenn Sie sich die *größte Mühe* geben würden,

diese Ansicht bei unseren Abonnenten zu vertreten, denn *es liegt uns viel daran, in einem freundlichen und sogar freundschaftlichen Verhältnis zu unseren Abonnenten zu bleiben*. Wir hoffen, daß diese Aufklärungen, die wir aus dem Grunde bisher *noch nicht allgemein* mitteilen konnten, weil noch nicht alle Vorbereitungen getroffen sind, unseren Lesern willkommen sein werden. Mit dem Ausdrucke der größten Hochachtung ...« Folgt Stampiglie: Administration der 'N. Fr. Pr.'.

Ich habe dem Blatte die Mühe erspart, die »Aufklärungen allgemein mitzuteilen«, und hoffe, daß sie auch hier allen Lesern willkommen sein werden, wenn auch diesen nicht allzuviel daranliegen mag, in einem freundlichen oder gar freundschaftlichen Verhältnisse zu der 'Neuen Freien Presse' zu bleiben. Ich erwarte auch, daß die Leser nicht weiter hartherzig sein und so bettelhaftem Gewinsel um die alte Gunst Gehör schenken werden. Ist's nicht rührend? Der Dieb hält sich für einen Wohltäter, weil er, zur Rede gestellt, statt des gestohlenen Geldes ein paar Schmucksachen, die er dafür eingekauft, zurückgibt. Ohne seinen Diebstahl, versichert er emphatisch, wäre der Verlustträger nie zu so seltenen Sachen gekommen, und das Geld brauche ja ein so reicher Mann nicht ... Aber vielleicht könnte *beiden* Teilen geholfen werden, der 'Neuen Freien Presse' und dem deutsch—österreichischen Bürgertum, das all seine Erniedrigung der Patronanz des Börsenliberalismus und der dreißigjährigen Herrschaft der 'Neuen Freien Presse' dankt. Es verpflichte sich insgesamt, das Abonnement auf ein Blatt, dessen Schwindelgeist diesem Staate in Politik und Wirtschaft so arge Schmach zugefügt hat, bis auf die Steuer des einen Kreuzers aufzugeben. Der auf den Zeitungsstempel entfallende Betrag werde nach wie vor an die in den Ruhestand versetzten Herausgeber als Gnadengabe abgeführt.

\* \* \*

## **Das 'Neue Wiener Tagblatt' über die Defraudation des Zeitungsstempels**

**A**uch der Verwaltungsrat der »Steyrermühl« hat sich bemüßigt gesehen, einen Rechtfertigungsversuch wegen der von ihm begangenen Stempelentwendung zu unternehmen. Vor Gericht kann die Angelegenheit leider nicht verhandelt werden. Die liberalen Zeitungsherausgeber sind jetzt in der gleichen Lage wie Herr Ernst Schneider, der sich rein nennen darf, weil seine Stampiglienfälschung dem gerichtlichen Urteile entzogen ist. So brachte denn Herr Julius Singer, Verwaltungsrat der »Steyrermühl« und Bruder des bekannten Herrn Wilhelm Singer, Chefredakteurs des 'Neuen Wiener Tagblatt', die Zeitungsstempelaffäre in der Komiteesitzung des »Vereines der österr.—ungar. Papierfabrikanten« am 26. Februar 1900 zur Sprache. Auch Herr Julius Singer spricht von der Verteuerung der technischen Herstellung der Blätter, ohne natürlich den Betrag anzugeben, mit dem etwa das 'Neue Wiener Tagblatt' gegenwärtig mehrbelastet ist; die Lächerlichkeit der Ausrede wäre sonst allzu groß gewesen. Aber Herr Singer spricht auch von der Teuerung der verwendeten Materialien, d. h. des Papiers. Und hier spricht er sogar die Wahrheit. Die Mehrkosten des 'Neuen Wiener Tagblatt' stammen nämlich daher, daß die »Steyrermühl« als Papierproduzentin dem Blatte, also der »Steyrermühl« als Papierkonsumentin, das Papier zu erhöhtem Preise liefert.

Doch Herr Julius Singer scheint selbst an der Überzeugungskraft dieser Argumente gezweifelt zu haben. Darum fügt er zunächst einige allgemeine

Bemerkungen über die ungünstige materielle Lage der meisten Zeitungsunternehmungen hinzu, die sich aus den hohen Ansprüchen der Leser der Blätter erkläre. Aber darauf konnte leicht erwidert werden, daß ja das 'Neue Wiener Tagblatt' diesen hohen Ansprüchen keineswegs genügt, und daß sein großer Umfang, den es doch lediglich den Inseraten verdankt, keine Ausgabe, sondern Einnahmen bedeutet. Herr Singer entschloß sich also nach dem bewährten Muster jener Verteidigung, die immer fremde Personen oder die Verhältnisse der menschlichen Gesellschaft verantwortlich machen, den Spieß umzudrehen und, statt die Defraudation zu verteidigen, die Abonnenten anzuklagen. Was er diesen vorwirft, ist, kurz gesagt, Schmutzerei, Geiz bei den Ausgaben für geistige Bedürfnisse. Der Verwaltungsrat der »Steyrermühl« findet es »merkwürdig, daß gerade der in auskömmlicher Lage befindliche Teil der Bevölkerung, welcher für seine leiblichen Genüsse ziemlich viel ausgibt, einen Heller oder einen Kreuzer bei einer Zeitung ersparen will«. Das 'Neue Wiener Tagblatt' ist doch ein Lokalblatt, für jene Wiener geschrieben, deren goldenes Herz, deren nobles Wesen es so oft gerühmt hat. Und jetzt bereiten »Ew. Gnaden« uns eine solche Enttäuschung? Schöne Gaw'liere, die sich um einen lumpigen Kreuzer herstellen! Herr Singer verzweifelt am Wienertum. Aber wenn schon der »noble Schan« der Wiener ihnen nicht verbietet, den Stempelsteuerbetrag zurückzufordern, so müßte, meinte er, doch das primitivste Rechtsgefühl gegen solche Habgier sich auflehnen. Die Ungerechtigkeit der Stempelsteuer hätten alle erkannt. Das Unrecht aber müsse beseitigt werden, gleichviel, wem's nütze oder schade. »Bei Aufhebung des Stempels hat man sich nur zu fragen, ob er berechtigt war oder nicht.« Nur auf diese Frage reagiert das Rechtsgefühl der Gebrüder Singer. Dadurch, daß jetzt die Abonnenten, statt besteuert, beraubt werden, fühlt es sich nicht beleidigt.

\* \* \*

**A**ber tue ich nicht dem 'Neuen Wiener Tagblatt' am Ende doch Unrecht? Jedenfalls bietet es seinen Abnehmern seit der Aufhebung des Stempels mehr als früher. Wöchentlich oft *drei* Feuilletons von Hermann Bahr! Wenn ich mir die Sache genau überlege, so ist das wirklich viel. Und der Originalbericht über den »*Trousseau der Kronprinzessin—Witwe Stephanie*« war *ausführlich*. Die geistige Nahrung wird dem Volk jetzt in der Tat reichlicher zugemessen. Wir wissen sogar, daß »nicht weniger als drei große Pelzmäntel bestellt wurden: eine Redingote aus Breitschwanz die durchweg mit Chinchilla gefüttert war, ein großer Tuchmantel mit Revers und Etole aus russischem Zobel und ein Sealmantel mit reicher Verbrämung von Kamtschatka—Biber.« »Man kann daraus auf die Zahl der übrigen Toiletten schließen.« Wohlgemerkt, nur schließen; denn »die Zahl der Gegenstände — verwahrt sich der gewissenhafte Historiker gleich zu Beginn seiner Schilderung — »ist so reich, daß eigentlich jede einheitliche Übersicht fehlt.« Aber er hält mehr, als er versprechen kann. Bevor er zum Hauptthema seiner Betrachtung, zur *Wäsche*, übergeht, noch ein allgemeiner Ruf des Entzückens: »Von dem saut—de—lit angefangen bis zur großen Courrobe, für die ja eigentlich *schwerlich mehr eine Verwendung zu finden sein wird*, ist für jede Gelegenheit, jede Witterung, jede Laune gesorgt.« Und nun die *Wäsche*! »Die sonstige Bett— und Haushaltswäsche dürfte mit dem früheren Bestande gedeckt sein. Wir hatten Gelegenheit, die neu angefertigte *Leibwäsche* zu besichtigen.« Ja, die *Leibwäsche*! Und nun beachte man die Fülle der Nuancen, die hier dem schwelgenden Schilderer zugebote stand. Die *Leibwäsche* hat eine von ihm

sofort erkannte Marke: »Anspruchsloseste, vornehmste Einfachheit stempelt *dieselbe*.« »Keine Seide, keine Fanfreluches, kein kunstvolles Gewoge von Spitzen und Musselin, sondern die Wäsche einer wahrhaft vornehmen, hohen Dame ist es, die wir zu sehen bekamen. Leinwand, die so *spinnwebfein* und zart ist wie Batist, in der Hand genäht, gesäumt, gestickt und mit echten Spitzen (Valenciennes und dünnsten feinsten Zwirnsitzen) besetzt. Sechs Dutzend sind von jeder Wäschegattung vorhanden, jedes halbe Dutzend in einer anderen Art der Ausführung.« »Da *haben wir Hemden*«, Hemden, deren Stickerei, »Ärmelchen«, Bänder, Maschen, ja »Hohlfältchen« mit peinlicher Sorgfalt in etwa dreißig Druckzeilen beschrieben werden. Und dann kommen die Beinkleider. Sie sind, wie das 'Neue Wiener Tagblatt' sogleich beruhigend versichert, »zu *allen* Hemdsorten *passend* vorbereitet«. Und nun geht es immer weiter, ein Nachthemd jagt das andere, und auf den meisten sind »größere und kleinere Tupfenmassen eingestickt«. Noch mehr! Der Leser erstarrt vor Bewunderung: Schmock hat die »Tupfen« *gezählt* und bei einem einzigen Hemd »rund tausend« herausgebracht. »Hier bilden dann die Tupfen ein längliches Plastron, an das *schmale* Säumchen schließen, dort sind sie über *breite* Quersäume verstreut, dort über *schmälere* .... Und bei allen Wäschestücken findet sich links oben die Marke: ein großes S und darüber die geschlossene *Königskrone*« ...

Dem Tupfenschmock gingen vor Anstrengung und Ehrfurcht die Augen über. Aber was ist's denn um Himmelswillen mit den *Strümpfen*? Na, endlich, sie sind da, und zwar richtig *durchbrochen*, aus *Seide* und *in allen Farben*. Sodann »rauschende farbige *Dessous* .... Combinations von *Unterrock* und *Sachet—Corset* in Einem, *Camisoles* in allen Farben der Seide mit Cremespitzen eingesetzt — und dann wieder *duftig* mit Stickereien und Spitzen garniert, sind ebenfalls Bestandteile dieses fürstlich vornehmen Trousseau.« Gute Nacht, Elemer ...

Schmock hat wirklich getan, was ich seinerzeit, als die ersten, noch ungewissen Nachrichten von einer Vermählung der Kronprinzessin—Witwe mit dem Grafen Lonyay auftauchten, das »Beschnuppern von hocharistokratischen Heiratsausstattungen« nannte. Und mehr als das! Wegen Beleidigung eines Mitgliedes des kaiserlichen Hauses wird der Staatsanwalt gegen ihn wohl nicht vorgehen, denn Gräfin Lonyay hat ja, wie Schmock so wehmütig—symbolisch sagt, »für die große Courrobe schwerlich mehr eine Verwendung«. Aber das 'Neue Wiener Tagblatt' hat erschöpfend dargetan, worin es die Aufgaben der demokratischen Presse erblickt. Throne kann ihr Manesmut heute nicht mehr erschüttern. Die Könige bleiben Könige — und wie die Preßöldner wissen: auch in Unterhosen. Und da gehen sie denn hin und geben wenigstens eine detaillierte Beschreibung der Unterhosen.



**D**ie Tagung des Reichsrates ist beendet, die Untertagarbeiter der Verständigungskonferenzen gehen wieder ans Werk. Hat es sich im Parlamente um die Staatsnotwendigkeiten gehandelt, so wird in den Konferenzen die Frage der Möglichkeit dieses Staates erörtert werden. Daß sie diesmal be-

stimmt beantwortet werde, ist kaum zu hoffen. Immerhin denke ich: Österreich ist noch möglich, wenn auch nicht wahrscheinlich.

\*

Die Regierung ist frohen Mutes. Was Graf Clary auf einem Umweg und ohne Erfolg versucht hat, das ist Herrn v. Koerber und seinen Kollegen ohne Mühe gelungen: Die Förderung der Papierindustrie. Die Aufhebung des Zeitungstempels hat nichts genützt; aber die Gesetzentwurf-fabrikation in den letzten Wochen hat den Verbrauch von Papier so sehr gesteigert, daß die Fabrikanten eine Preiserhöhung verfügen konnten. Jetzt, nach der Vertagung, werden die Gesetzentwürfe der Regierung als Makulatur levis von den Abgeordneten an die Greißler verkauft. Herr Bielohlawek macht dieses Geschäft »in sich«.

\*

Die Tschechen sind mit sich zufrieden. Bei der Krone, der sie seit dem Zde—Rummel als Armeefeinde galten, haben sie sich, da sie die Bewilligung des Rekrutenkontingents zuließen, rehabilitiert. Was des Kaisers ist, haben sie der Regierung gegeben; und während sie alles, was die Regierung wünschte, die Beratung des Budgets und der Investitionsvorlage, zu vereiteln wußten, hat der Tscheche *Forscht* den einzigen volksfreundlichen Antrag gestellt, der in diesem Sessionsabschnitt — gegen den Willen der Regierung — wenigstens im Prinzip beschlossen wurde: den über die Neunstundenschicht in den Kohlenbergwerken.

\*

Unsre Unternehmer versuchen es stets zuerst mit Geld und dann mit guten Worten; und beidemale erreichen sie, was sie wünschen. So haben die Kohlenbergwerksbesitzer erst in Herrn *Demel*, dann in Herrn Leopold *Steiner* einen Vertreter im Parlament gefunden. Aber die Redlichkeit des Herrn Steiner hat ihn zu redlichen Dummheiten geführt, die Herr Demel niemals begangen hätte. So hat er selbst die besten Argumente gegen seine Behauptungen geliefert. Ein fleißiger Untertagarbeiter verdient, seiner Statistik zufolge, circa 600 Gulden, also monatlich 50 Gulden nach allen Abzügen. Wenn nun dieser Mann unverheiratet ist, zahlt er für sein Quartier samt Beheizung, Beleuchtung und Instandhaltung der Bettwäsche monatlich 1 Gulden 30 Kreuzer, für Frühstück und Mittagessen von vortrefflicher Qualität 6 Gulden per Monat. Es verbleiben ihm also, nach Steiners Behauptung, monatlich 42 Gulden 70 Kreuzer für seine übrigen Bedürfnisse. Demnach ist es unbegreiflich daß die Ostrau—Karwiner Kohlengräber so selten an die Riviera reisen ... Noch eines: Man hat Herr Steiner mitgeteilt, die preußisch—schlesische Kohle werde nach dem Bau des Mittellandkanals durch die Konkurrenz der Ruhrkohle den deutschen Markt teilweise verlieren und deshalb größeren Absatz in Österreich suchen. Auch ich halte das für richtig und erblicke darin ein starkes Argument für die Bewilligung der Forderungen der streikenden Arbeiter. Denn gegen die Bewilligung wurde — nicht ganz mit Unrecht — eingewendet, daß die Bergwerksbesitzer die erhöhte Produktionskosten durch die Verteuerung der Kohle auf die Konsumenten abwälzen würden. Die verstärkte Konkurrenz der deutschen Kohle wird sie daran verhindern. So darf man hoffen, daß die Besserung der Lage der Kohlengräber bloß die Gewinne der Grubenbesitzer schmälern wird. — Aber Herr Steiner hält die drohende Konkurrenz aus Preußisch—Schlesien für ein Motiv zur Ablehnung der Arbeiterforderungen. Rothschilds Gewinne dünken ihn eben unantastbar. So weit geht also schon die Verjudung der Christlichsozialen! Jetzt fehlt nur noch, daß Herr Steiner seine Vornamen Leopold mit der jüdischen Form »Leib« vertauschte. Man dürfte ihn dann mit Recht als »Rothschilds Leib—Steiner« bezeichnen.



\*

Die Abgeordneten *Gregorig* und *Schneider* können unmöglich, wie man jetzt vielfach behaupten hört, eine eigene Partei bilden. Denn ihre Ansichten gehen diametral auseinander. Herr Gegerigs Prinzip ist die unanständige Loyalität, das des Herrn Schneider die unanständige Illoyalität. Was beiden gemeinsam ist, die Unanständigkeit, das genügt nicht zur Parteibildung, — wie man schon daraus ersehen kann, daß die Wiener Liberalen und die Wiener Christlichsozialen ganz getrennte und auf das äußerste verfeindete Parteien sind. Darüber aber, was die Loyalität gebietet und verbietet, sind nicht bloß jene zwei Abgeordneten im Unklaren; auch der Präsident Dr. Fuchs war sich dessen offenbar nicht bewußt, als er dem Abgeordneten Daszynski den Ordnungsruf erteilte. Und sogar Herr Prade, der doch als Vorsitzender erst Daszynskis Rede ruhig mitanhörte, ließ sich durch seinen Kollegen in der richtigen Ansicht, daß diese Rede nichts Ungehöriges enthalten habe, wandkend machen. Richtig ist aber, wie ich schon einmal auseinander gesetzt habe, daß die Mitglieder des kaiserlichen Hauses und der Kaiser selbst zwar einen besonderen Schutz gegen Angriffe besitzen, die ihr Privatleben treffen, aber keinen gegen eine Kritik ihrer Handlungen im öffentlichen Leben, wofür nur diese Kritik beleidigende Ausdrücke vermeidet. Und so gut man etwa öffentlich die Führung eines Armeekorps durch den Erzherzog Friedrich tadeln dürfte, ebensowohl kann man auch seine Haltung als Unternehmer tadeln. Wenn aber die loyalen Gefühle des Herrn Gregorig so stark sind, dann wird er seinen Freund Schneider — nach dessen jüngsten Äußerungen im Gewerbeausschuß — aus der von beiden geplanten neuen Partei ausschließen müssen.

\*

Parlament und Presse, die beiden Instanzen der Freiheit, arbeiten einander in die Hände. Das Parlament macht Konfisziertes immun und die Presse konfisziert das Immunisierte. Der Abgeordnete Daszynski gab jüngst in starken Worten der Ansicht Ausdruck, daß sich in der Sache des Kohlengräberstreiks »Mitglieder der kaiserlichen Familie in der Gesellschaft von verstockten Raubrittern, von *Larisch und Salms*, von *Rothschilds und Gutmanns* befinden«. Welchen Teil des Satzes hat nun die 'Neue Freie Presse' in ihrem Parlamentsbericht konfisziert? Näher als die Mitglieder der kaiserlichen Familie, zu deren Schutz der Staatsanwalt da ist, stehen ihr natürlich die Larisch und Salms und besonders die Rothschilds und Gutmanns, die allen Angriffen wehrlos preisgegeben wären, wenn sich nicht die 'Neue Freie' ihrer annähme. Und so durfte denn mit ihrer Zustimmung Herr Daszynski bloß bedauernd ausrufen, daß sich »Mitglieder der kaiserlichen Familie in der Gesellschaft von verstockten Raubrittern befinden«. In derselben Rede erzählte er, daß man »in dem Bezirke von Kladno, wo die eisenfressenden Bestien *Taussig und Wittgenstein* herrschen, allen Arbeitern mit dem Verluste ihrer Ansprüche an die Bruderlade gedroht habe«. Nach der 'Neuen Freien Presse' hat sich Daszynski wiederum viel allgemeiner —und vorsichtiger ausgedrückt und bloß gesagt, daß man »in dem Bezirke von Kladno, wo die eisenfressenden Bestien herrschen, allen Arbeitern mit dem Verluste ihrer Ansprüche an die Bruderlade gedroht habe« ... Immerhin erfahren auch die Leser der 'Neuen Freien Presse', daß es in Österreich verstockte Raubritter und eisenfressende Bestien gibt, und ihre Neugierde kann bequem in anderen Blättern Befriedigung finden. Schlimmer sind sie daran, wenn ihnen die Äußerung eines Abgeordneten nicht bloß gemildert, sondern überhaupt unterschlagen wird. Daß kürzlich der — wohlgemerkt — liberale Dr. Groß die Einsackung des Zeitungsstempels

durch die ihm nahestehenden Blätter in öffentlicher Sitzung beklagt hat, war in keinem dieser Blätter verzeichnet.

\* \* \*

Ich erhalte die nachstehende Zuschrift:

Sehr geehrter Herr! Dürfte ich Ihnen zu Ihrer Heerschau über die Kämpen des Liberalismus einige ergänzende Mitteilungen machen? Sie betreffen Herrn Professor *Philippovich*, der in jüngster Zeit so deutschnational schillerte, daß er darin seine fortschrittlichen Bundesgenossen übertraf. Wenn er z. B. den Sprachenstreit einen Kampf der Kultur gegen die Unkultur nannte, wenn er neu-lich erst für eine längere Seßhaftigkeit eintrat, »um die Überflutung des Gemeinderates durch alle Nationalitäten hintanzuhalten«, so unterscheidet sich der Sozialpolitiker von K. H. Wolf beinahe nur durch eine minder starke Betonung des Antisemitismus. Denn daß dieser bei Herrn Philippovich vorhanden ist, mag zwar nicht allgemein bekannt sein, ist aber nichtsdestoweniger Tatsache. Als letzthin der *Sozialwissenschaftliche Bildungsverein* ihn um einen Vortrag ersuchte, schlug er diese Bitte mit der Motivierung ab, daß in dem Verein *zu viel Juden* seien. Den jüdischen Wählern zum Troste, die Herrn Philippovich zu ihrem Vertreter erkoren haben, muß die Mäßigung rühmend hervorgehoben werden, mit der er seine Gesinnung an den Tag legte. Denn während Herr Gregorig in einem solchen Falle am Vorhandensein auch nur eines Juden Anstoß genommen hätte, perhorresziert Herr v. Philippovich bloß die Abwesenheit eines Christen zum Nachhausebegleiten. Mögen aber auch Manche die weise Toleranz bewundern, die einen gewissen Prozentsatz der Konfessionen gewahrt wissen will <sup>1</sup>, so scheint doch wieder anderen der Unterschied in den Ansichten beider Männer durchaus nicht qualitativ zu sein, umsomehr, da hier von einer Abneigung gegen etwaiges Ghettotum nicht die Rede sein kann. Ein solches ist, was auch Herrn v. Philippovich nicht unbekannt sein dürfte, durch des Ver- eines Wesen und Tendenz ausgeschlossen.

Ferne liegt die Absicht, dem Herrn Professor diese seine Gesinnung vorzuwerfen. Er mag immerhin lernbegierige und wissensdurstige Studenten, die nach hohen Zielen in ernster Weise streben, mit brutalen Antworten abfertigen, wenn nur diese seiner Überzeugung entsprechen. Warum aber hat er nicht den Mut, aus ihr die Konsequenzen zu ziehen und offen Farbe zu bekennen? *Warum schreibt er für die 'Neue Freie Presse'*, die doch tausendmal verjudeter und sicherlich verjudender ist. Warum endlich gehört er einer Partei an, die auch zu viele Juden und zu wenig Arier besitzt? Ist ihm aber die Position, die er als Vermittler zwischen dem Liberalismus und der Sozialdemokratie erobert hat, so teuer, weshalb bringt er sich dann durch so unvorsichtige Worte in Gefahr sie zu verlieren und Zweifel in seine Person und seine politische Ehrlichkeit zu erwecken?

\* \* \*

---

1 Die liberale deutsch—akademische Lesehalle, die nur bis zu einem Drittel der Gesamtzahl Juden aufnimmt, ist das Ideal des Herrn. [KK]

Der Ministerpräsident Herr v. *Koerber* ist vor einigen Tagen auf einer Soirée des Abgeordneten *Auspitz* erschienen. Der Club der Fortschrittsfreunde hat beschlossen, sich mit dieser Entschädigung für die Sanktion der Wahlreform zufrieden zu geben.



**D**ie Wiener Börsekammer hat die Abschaffung der Notierung »Geld und Ware« abgelehnt. Zwar hat kein einziger von allen, die diese Usance der Wiener Effektenbörse verteidigen, geäußert, daß sie den »Schnitt« ermöglichen soll. Aber der Schnitt, behauptet man, sei eben die Lebensbedingung des Wiener Geschäftes. Wäre er also selbst den Kommittenten schädlich, so müßte er doch um des Vorteils der Kommissionshäuser willen von jenen geschützt werden, die eben die Interessen der Kommissionshäuser zu vertreten haben. Man erinnert sich des homerischen Verses von dem Nebel, der dem Hirten feind, dem Diebe aber lieber ist als die Nacht. Wenn ein bestimmter Zweig des Diebstahls organisiert, gesetzlich geregelt ist, was Wunder, daß die Diebe, soweit es in ihrer Macht liegt, Nebelhüllen über ihr Tun zu breiten suchen? Mit den Ansichten der Wechselstubenbesitzer und Bankdirektoren brauche ich mich also gar nicht zu befassen; wohl aber mit den Zeitungsschreibern, denen die Rede und der innige Händedruck eines jener Herren genügt, um sich über die wichtigsten Fragen eine »Öffentliche Meinung« zu bilden. Machen sie doch gegenwärtig sogar für die Wiederaufhebung einer ganz nützlichen Einführung, der prozentuellen Notierung, mit dem Argumente Propaganda, daß das Publikum sich von der Börse zurückziehe. Ja, welches Publikum? hätten sich die Organe der öffentlichen Meinung zu fragen. Es steht wohl fest, daß keine wie immer geartete Notierung den Kapitalisten, der eine Anlage sucht, veranlassen wird, statt Wertpapiere Strümpfe zu kaufen, um sein Geld darin aufzubewahren. Wirklich vertrieben können aber von der Börse jene kleinen Spieler werden, die immer wieder sauer erworbene Groschen dort wagen und schließlich verlieren. Möge nun das Wechselstubengeschäft darunter noch so sehr leiden, der Anwalt des öffentlichen Wohls müßte diese Ausschließung unerfahrener und darum hilflos preisgebender Leute vom Börsenspiel mit Freuden begrüßen.

Aber freilich, die Herren, die in unseren Zeitungen über die Börsenvorgänge schreiben, fühlen sich nicht als Vertreter des öffentlichen Interesses, die als solche die Börse zu kritisieren hätten, sondern als Advokaten der Börse vor dem Forum der Öffentlichkeit. Nur daß sie sich nicht offen als solche bekennen wollen. Darum tat ich jüngst Unrecht, mich darüber aufzuhalten, daß auch in der '*Ostdeutschen Rundschau*' der Börsenteil so schamlos korrupt sei. Der deutschnationale Fachmann für Korruption hat mir aber auch tüchtig geantwortet. Jeder »Vernünftige«, meint er, müsse seinen Standpunkt begründlich finden, »nur nicht der rote Fackelträger«. Er irrt; ich finde seinen Standpunkt höchst begründlich. Was ich noch nicht verstehe, ist nur der Standpunkt des Herrn K. H. Wolf, der da meint, es sei möglich, durch ein Blatt gleichzeitig deutsche Gesittung und Börsenkorruption zu verbreiten. Er hätte, stutzig gemacht, sich seinen Mitarbeiter genauer ansehen sollen. Was ich schrieb, war eine gutgemeinte Warnung an ein reinlich scheinendes Blatt, das

den peinlichen Anblick mißbrauchter Unerfahrenheit in wirtschaftlichen Dingen darbot. Her Wolf hätte seinen Berater desavouieren müssen; dies durfte ich von dem anständigen Journalisten erwarten. Aber Herr Wolf ließ den Mann auf mich losfahren und dreist seine Börsenwissenschaft verteidigen. Daß dies auch in einem seltsamen, auf die Geburtsstätte solcher Moral hinweisenden Deutsch geschieht, sei nur nebenbei erwähnt. Der Wechsler z. B., der »*der Kunde* gegenüber die Bestimmung des Kurses in der Hand hat« —: Den Osten hör' ich wohl; allein mir fehlt das Deutsche! Gegen den meritorischen Unsinn, den der Mann vorbringt, kann man wirklich nicht polemisieren. Bloß so viel: Er lasse sich gesagt sein, daß bei Notierung nur eines Kurses selbstverständlich nur entweder der notierte Kurs oder der wirklich erzielte Kurs in Rechnung gesetzt werden könnte; der Gewinn soll ausschließlich in der Provision liegen. Daß fortgeschwindelt würde, ist freilich wahr; aber — mit etwas mehr Mäßigung.

Daß die 'Ostdeutsche Rundschau' statt »März« »Lenzmond« schreibt, finde ich begreiflich. Aber auffallend ist jedenfalls, daß sie statt »Börsenjobber« »Geldwechsler« sagt. Minder fein ist sie im Ton der Polemik gegen mich. Leider begnügt sich der ostdeutsche Börsenartikler nicht damit, an die »Vernünftigen« zu appellieren. Er will mich ganz vernichten durch den Vorwurf, daß ich für meine Beliebtheit selbst bei meinen »Stammesgenossen« ja schon »schlagende Beweise« erhalten hätte. Nun, ich kanns nicht leugnen: Bei allen, die im Cliqueswesen stecken, bin ich seit langem mißliebig. Aber die 'Ostdeutsche Rundschau' dürfte es noch nicht wissen, daß sie sich in diesen Kreisen stetig wachsender Sympathien erfreut. Die Zustimmung, die ihre Haltung bei der ganzen Börsenbande hervorgerufen hat, soll eine herzliche sein, und ein »Volkswirt« gab ihr, wie man mir meldet, jüngst den bezeichnendsten Ausdruck: »die 'Ostdeutsche'«, sagte er, »ist ja auch nicht besser als wir«. Der deutschnationale Börsenmann spricht von schlagenden Beweisen der Beliebtheit; aber was bedeuten sie gegen jene klingenden, die seinesgleichen täglich erhalten oder doch zumindest zu erhalten hoffen!

\*

Professor Karl Adler schreibt mir:

Geehrter Herr Kraus! Sie ersuchen mich um Mitteilung meiner Ansicht über die Frage, ob die doppelte Notierung, Geld und Ware, für Börseneffekten beizubehalten sei. Sie wünschen dies nicht um eigener Zweifel willen, sondern weil Sie — unbelehrt durch manche Erfahrung — meinen, daß das von der Börsenpresse irreführende Publikum williger Aufklärung annehmen wird, wenn ich als Eideshelfer auftrete. Nun denn; nichts ist klarer, als daß das Publikum ein legitimes Interesse an der Aufhebung der doppelten Notierung hat, die Börse dagegen ein illegitimes Interesse an deren Beibehaltung.

Dieses illegitime Interesse trägt an der Börse die stimmungsvollen Namen: »Schnitt« oder »Wegtragen«, zuweilen auch »sich machen« (z. B. ½ %) oder in krassen Fällen »Stehlen« schlechthin. Die Köchinnen nennen es in ihrer bescheidenen Sphäre Körpergeld. Der »Witz« besteht darin, daß demjenigen, der einen Auftrag zum Einkauf erteilt, ein höherer, demjenigen, der für seine Rechnung Effekten verkaufen läßt, ein niedrigerer Kurs vorgetäuscht und in Rechnung gestellt wird als der wirklich erzielte. Es ist mir bekannt, daß von einem allerersten Wiener Bankhause Depeschen über Ausführung von Aufträgen entgegengenommen wurden, die falsche Kurse zum Zwecke der Täuschung der Kommit-

tenten enthalten, während brieflich der Kurs festgestellt wurde, den das Bankhaus wirklich zu bezahlen hatte. In dem Kursblatte mit doppelter Notierung findet der Börsenkommissionär gleich den höheren und niedrigeren Kurs vorbereitet, um Einkaufs— und Verkaufskommittenten auch ohne solche Künste mit Ruhe und Bequemlichkeit »schneiden« zu können.

Die Beantwortung Ihrer weiteren Frage, *ob es der Korruption dienen heißt, diese Art der Kursnotierung zu verteidigen*, kann ich mir hiernach wohl ersparen.

Vielleicht wird es nicht überflüssig sein, juristische Autoritäten gegen die rechtliche und sittliche Zulässigkeit des »Schnittes« anzuführen. Ich nenne aufs Geratewohl Senatspräsidenten Steinbach, v. Hahn, Grünhut, Max Weber, Staub, die deutsche Börsenquotekommission, die Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofes, des deutschen Reichsoberhandelsgerichtes und des deutschen Reichsgerichtes, insbesondere aber das deutsche Börsengesetz und das neue deutsche Handelsgesetzbuch mit ausführlichen gegen den »Schnitt« gerichteten Bestimmungen. Vereinzelt Schriftsteller erklärten wohl früher den »Schnitt« in gewissen Fällen für zulässig. Die Idee, daß er besonders zu *begünstigen* sei, ist geistiges Eigentum der Wiener Börsenpresse.

Durch die Beseitigung der doppelten Notierung würde der Schnitt nur eingeschränkt, nicht beseitigt, der legitime Gewinn (Provision) aber gar nicht berührt.

Bei korrekter Gesetzesanwendung hätten unsere Gerichte dem Unfug der doppelten Notierung längst ein Ende machen müssen und nicht erst die Aktion des Hofrats Pöschl abwarten dürfen. Der Kurs ist im Sinne des Handelsgesetzbuches ein Durchschnittspreis. Zwei Durchschnittspreise gleichzeitig gibt es nicht. Ein Kursblatt, welches für dieselbe Zeit zwei Kurse notiert, widerspricht sich selbst, und seine Feststellungen sind — wenn sie sich gleich als amtlich bezeichnen — wegen nachgewiesener, weil offenbarer Unrichtigkeit der Entscheidung von Streitigkeiten nicht zugrunde zu legen.

Es ist zu hoffen, daß der neue Strafgesetzentwurf wirksame Vorschriften gegen den Wucher der »Geldwechsler« durch falsche Preisberechnung von kursfähigen Münzen und Wertpapieren und durch illegitime Kursbeeinflussung enthalten wird. Es kamen zwar Verurteilungen wegen Betrugs vor, und die Definition des Betruges paßt auch auf verschiedene Formen des Schnitts. Aber die Rechtsfolgen des Betruges sind für ein so verbreitetes Delikt zu hart. Das Gesetz wird deshalb fast nie angewendet. Allzu scharf macht eben scharf. Das ganze Problem erfordert eine eingehende strafrechtliche Regelung und darf auch nicht in die Jammerecke unwirksamer Nebengesetze verbannt werden,

Mit freundlichem Gruße

Ihr sehr ergebener

Czernowitz, 16. März 1900. Karl Adler.

\* \* \*

**D**as Wiener Handelsgericht hat derzeit 47 Laienrichter, darunter 34 Alleinhaber von Firmen und öffentliche Gesellschafter, 3 Direktoren von

Aktiengesellschaften, 7 Prokuristen, 2 Disponenten und 1 Repräsentanten. Fast alle größeren Banken sind durch Großaktionäre und Vertrauensmänner vertreten. Merkwürdigerweise kommen nun Ablehnungen von Richtern gar nicht vor, obwohl nur allzu häufig »ein zureichender Grund vorliegt, die Unbefangenheit des Laienrichters in Zweifel zu ziehen«. Die Parteien und deren Vertreter enthalten sich der Ablehnung wohl nur aus dem Grunde, weil sie eine Verstimmung des Gerichtshofes vermeiden wollen, die sie mehr als den Einfluß des nicht unbefangenen Laienrichters zu fürchten haben. Auch kommt es sehr häufig vor, daß die Parteienvertreter den Namen des Laienrichters erst aus der Ausfertigung des Urteils kennen lernen und zu spät erfahren, daß ein nicht unbefangener Richter an der Entscheidung teilgenommen hat.

Es wäre zu wünschen, daß die Gerichtspräsidenten den Laienrichtern die Bestimmung des Gesetzes einschärfen, nach der »die Richter selbst dem Vorsteher des Gerichtes von den Gründen Mitteilung zu machen haben, welche ihre Ablehnung wegen Besorgnis der Befangenheit zu rechtfertigen geeignet sind«. Diese Anordnung des Gesetzes scheint beim Wiener Handelsgerichte in Vergessenheit geraten zu sein, denn gerade bei diesem Gerichte sind in letzter Zeit zwei besonders krasse Fälle vorgekommen, in denen die gesetzlich vorgeschriebene Anzeige von Befangenheitsgründen von den Laienrichtern unterlassen wurde.

Der eine Fall, der des *Jacques Ritter v. Leon*, jenes Laienrichters, der in engster geschäftlicher Verbindung mit der Länderbank steht und in einem Prozeß gegen sie zu entscheiden hatte, wurde in Nr. 34 besprochen. »Nehmen wir an,« schrieb ich damals, »das Urteil fiel so aus, wie es die Länderbank wünschen muß; würde dann nicht der Verdacht naheliegen, die Länderbank habe in diesem Prozeß außer zwei Advokaten auch noch einen Anwalt im Richterkollegium gehabt?« Jener Prozeß ist inzwischen tatsächlich zu Gunsten der Länderbank entschieden worden. Ich hoffe, daß der Vertreter des Klägers wenigstens vor dem Oberlandesgerichte, an das er ja bereits appelliert hat, die Befangenheit des Laienrichters geltend machen wird. Diese Befangenheit wird er ihm freilich nicht vorwerfen können. Es wäre grausam, von dem Großaktionär Jacques Leon zu verlangen, daß er die Länderbank verurteile; wohl aber durfte man von ihm verlangen, daß er nicht über sie urteile.

Der andere Fall hat sich vor einigen Monaten ereignet. Der hinlänglich bekannte Prozeß der Firma Beer & Sohn gegen die '*Creditanstalt*' bezüglich der Gründerrechte wurde in zweiter Instanz vom Wiener Handelsgerichte entschieden. An dieser Entscheidung hat als Laienrichter Herr *August Schenker* — *Angerer*, Prokurist der Firma Schenker & Co., mitgewirkt. Stille Gesellschafterin dieser Firma ist nun die — *Creditanstalt*. Der Laienrichter stand also in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis zur geklagten Gesellschaft. Gleichwohl hatte er die Unbefangenheit, sich für nicht befangen zu halten ...

\*

Was bedeutet freilich das Laienrichterwesen beim Handelsgerichte gegen das Schiedsrichterwesen der Wiener Effekten—, wie der Warenbörse?

In einem Schiedsgerichtsprozesse, in dem jüngst die Niederösterreichische Escomptegesellschaft geklagt war, waren *sämtliche Schiedsrichter Zensoren der Escomptegesellschaft*.

\* \* \*

In Nr. 14 konnte ich melden, daß bei der Firma Aktiengesellschaft der Metallfabrik in Öd vormals Gebrüder Rosthorn, Ernst Oser, k. k. Sektionschef in Wien und Ehrenbürger von Gumpoldskirchen, als neugewähltes Mitglied

des Verwaltungsrates mit dem statutenmäßigen Firmierungsrechte eingetragen wurde. Die Tatsache, daß Herr Oser *aktiver Sektionschef im Ackerbauministerium* und zugleich Verwaltungsrat ist, habe ich als kleinen Beitrag zur Lehre von der Inkompatibilität meinen Lesern pflichtschuldigst mitgeteilt. Das war Mitte August. Und nun, Mitte März, klärt sich alles so wunderbar. Das Ackerbauministerium hat dem Fabriksbesitzer Edl. v. Rosthorn in Öd die Ausnützung der Wasserkräfte der Mirafälle für motorische Zwecke bewilligt ... Noch kürzlich wurde im Parlament eine Interpellation eingebracht, in der der Ackerbauminister aufgefordert wurde, ein Gesetz zum Schutze und zur Erhaltung von Naturschönheiten einzubringen. Die Frage, ob die Klagen der Naturfreunde im vorliegenden Falle berechtigt sind, will ich hier nicht entscheiden; wenn zum Bau einer elektrischen Bahn die Kraft der Mirafälle verwendet wird, so mag die Schönheit des benachbarten Tals den Menschen, die außerhalb der Sphäre beruflicher Touristik für Naturreize empfänglich sind, erst nahegerückt sein. Aber es handelt sich hier nicht um die Natur, sondern um einen Sektionschef. Die Abgeordneten, die so erfolglos ihre Stimmen zu Gunsten der bedrohten Mirafälle erhoben haben, mögen jetzt wenigstens ein Gesetz zum Schutze von Verwaltungsräten und zur Erhaltung des Herrn Oser im Ackerbauministerium beantragen. Herr Oser hat die Ausnützung der Mirafälle bewilligt — sie mögen gegen die Ausnützung des Sektionschefspos- tens nichts einwenden!



## »Concordia«

### *Rache des Ballkomitees*

Herr *Lewinsky* liest an einem Vortragsabend der »Grillparzer—Gesellschaft« ein neues Werk des Wiener Lyrikers Hermann *Hango*. Sonst ist noch jede Veranstaltung der genannten Gesellschaft einer ausführlichen Besprechung gewürdigt worden. Über jenen letzten Abend kein Wort in den führenden Blättern, deren Redaktionen die Berichte ihrer Vortragsreferenten mit verschiedenartigen Motivierungen unterdrückten; in der 'Neuen Freien Presse' hieß es, der Platz sei durch einen Fußballspielbericht, beim 'Neuen Wiener Tagblatt': durch einen Ballbericht schon ausgefüllt. Wahre Ursache bekannt: Abstinenz des Vortragenden vom »Concordia«—Ball; erschwerend: völlige Cliquesfremdheit des rezitierten Dichters.

Herr *Sonnenthal* liest an einem vom »Jüdischen Museum« veranstalteten Gesellschaftsabend Heines »Rabbi von Bacharach«. Ein Milieu, das der liberalen Presse, man kann es nicht leugnen, schon näher liegt. Sie schweigt den Abend nicht tot, erwähnt sogar außer allen Anwesenden einen Gesangsvortrag, der der Rezitation folgte. Zum Schlusse heißt es, daß *auch* Heines »Rabbi von Bacharach« »vorgelesen wurde«. In früheren Jahren wäre jede Träne *Sonnenthals* gewissenhaft notiert worden.

»Kinderhort«—Akademie. 'Neue Freie Presse': Forciertes Lob für alle Sänger und Dilettanten. Vollständiges Verschweigen der Tatsache, daß auch zwei Burgschauspieler, Frl. Witt und Herr Tressler, mitgewirkt haben. Wie man mir mitteilt, haben sie dem wohltätigen Zweck zuliebe auf jede Bezah-

lung verzichtet; — also ganz so, wie's die Schauspieler von den Soiréen des »Concordia«—Clubs her gewohnt sind. Das 'Wiener Tagblatt' Frischauers, dessen Gattin Präsidentin des Vereines ist, quittierte die Mitwirkung der beiden Künstler mit der Bemerkung, daß »zwei Mitglieder des Burgtheaters« humoristische Dichtungen vortrugen.

Der Liederabend, den Frau *Forster* und Herr *Schrödter* geben, erfährt keine Beachtung; die Premiere von »Jolanthe« muß wegen Unpäßlichkeit »eines Sängers« verschoben werden.

Formen der Paralyse nimmt aber das Revanchebedürfnis an, da es sich um einen Bericht über eine *Baumeister*—Vorlesung handelt, in dem Baumeister totgeschwiegen wird. Man weiß, jedes Auftreten des prächtigen Greises bedeutet ein Fest für alle, die sich noch das Gefühl bewahrt haben, daß jede große Kunst von einem starken Charakter getragen wird. Man kann es sich gar nicht vorstellen, daß die große Natur, die seine Kunst so stark macht, einem Ballfest korrupter Schmöcke zur Folie dienen sollte. Das Fußleiden, an dem er seit Jahren krankt, mag's ihm nicht unmöglich gemacht haben, den »Concordia«—Ball zu besuchen, wohl aber, seinen Veranstaltern den gebührenden Tritt zu versetzen. Seit Jahren erscheint er zum erstenmale als Vorleser. Und siehe da, die 'Neue Freie Presse' würdigt unter der Spitzmarke »Baumeister—Abend« die Talente des Damenkomitees der »Providentia«, die die Vorlesung veranstaltet hat; das 'Neue Wiener Tagblatt' nennt den Namen des Künstlers nicht einmal im Titel des Berichts und erwähnt, nachdem es das Lob einer dilettantischen Sängerin verkündet hat, bloß zum Schlusse, daß »die Vorlesung einer neuen Wildenbruch'schen Novelle tiefen Eindruck hervorrief«.

\* \* \*

## Gnade des Balkomitees

**I**n diesen schweren Tagen schmeißt sich Schmock ausschließlich an Herrn *Kainz* und die Vorstadtschauspieler an. Herr *Kainz* war zwar auch nicht auf dem »Concordia«—Ball; er lag damals krank darnieder. Aber die Presse kann sich wenigstens einreden, daß seine Krankheit ihn bloß vom »Concordia«—Ball, nicht von dem Boykott des »Concordia«—Balles abgehalten hat. Jetzt ist er wieder da, nachdem er einen Teil des Winters mit Unpäßlichkeit und Reklame zugebracht hat, und das Lobgehudel wird widerlicher denn je. Die Frechheit, mit der dem Publikum »helles Entzücken« über *Kainz'* *Romeo* imputiert wird, hat heute einen demonstrativen Charakter. »Nur jetzt nichts forcieren und gesund bleiben«, heißt es im Chore; mehr Zärtlichkeit kann selbst einem Schoßpintsch nicht zuteil werden. *Kainz'* Krankheit, *Kainz'* Erholung, *Kainz'* Reiseabenteuer sind in diesen Tagen oft abgehandelt worden. Es blieb kaum der notwendigste Platz für den Abschied des *Frl. Stojan*, für die Szenen auf dem Nordbahnhofe, für die Äußerungen der zurückbleibenden Kammerzofe. Aber die Wiener Presse hat gezeigt, was sie in solchen Momenten vermag, und da es nach dem Selbstmorde *Jauners* die Notlage des Carltheater—Ensembles durch Verbreitung des ekelsten Klatsches zu lindern galt, ließ sie ihrer nicht spotten. Und so erschien denn auch — zum Zeichen der Solidarität des durch die Presse beleidigten Schauspielerstandes — in allen Blättern an sichtbarer Stelle eine »Danksagung«, in der drei auch als Komiker aufdringliche Herren vom Carltheater ein solennes Wettkriechen vor der »mächtigen«, »hilfreichen« und »unermüdlich bereitwilligen« Wiener Presse aufführten; es habe sich »wieder gezeigt, daß die Wiener Presse die



wärmsten Gesinnungen für den Schauspielerstand hegt« usw. An dem Tage, da dieses Edikt der Leopoldstädter Triumvirn publiziert war, drohte ein kritischer Schmock, durch diesen Erfolg übermütig gemacht, zwei Hofschauspielern, die im Parkett der Oper saßen, und rief ihnen in Budapester Deutsch die geflügelten Worte zu: »Na, warts, das werdet Ihr schon bereuen, was Ihr da angestellt habts!« ...

\* \* \*

## Wahl

**H**ermann *Bahr* hat sich beeilt, meine Prophezeiung zu erfüllen; er ist seit einigen Tagen Vizepräsident der »Concordia«, Adjutant *Spiegls*, der wieder zum Präsidenten erwählt ward. Der Führer der Wiener Literatur dient unter dem ehemaligen Fremdenführer von Budapest. Welcher von beiden hat's weiter gebracht? Über den Verlauf des Wahlaktes weiß ich nichts Näheres. Mit Rücksicht auf die bekannte Eigentümlichkeit der Mitglieder nahm man die Wahl wieder in der Art vor, daß um möglichste Stille gebeten und dann ersucht wurde, durch Senken der Hände abzustimmen.

\* \* \*

## Druckfehlerberichtigung

In den sonntägigen Bericht der 'Neuen Freien Presse' über die Aufführung einer Operette in einer Dilettantenvorstellung hat sich ein bedauerlicher Druckfehler eingeschlichen. Dort stand: »Charles Weinberger hat die Musik zu dem lustigen Text schon vor Jahren komponiert. Inzwischen hat er der Operette mehrere reizende Melodien aus *seinen erfolgreichen früheren Werken* hinzugefügt und ihr so eine glänzende Aufnahme gesichert.« Richtig soll es natürlich heißen: » — — — mehrere reizende Melodien aus *feinen, erfolgreichen, früheren Werken*.«

---

---

## ANTWORTEN DES HERAUSGEBERS

*Kunstwart*. Auch im Falle der LEX HEINZE sind die Kämpfer noch weit unappetitlicher als das Kampfobjekt. Ich habe den Eindruck, daß dem deutschen Freisinn, der hier zum Schutze der Kunst seine Bierstimme erhebt, der weitaus unangenehmste Teil der strittigen lex der vernünftige »Arbeitgeberparagraph« ist, der die weiblichen Angestellten vor den Exzessen des Schönheitssinnes der Unternehmer bewahren will, und die sogenannte »Erhöhung der Schutzgrenze«; hier waren ja Zentrum und Sozialdemokratie einig. Böte sonst das Gesetz einen Schutz vor der Interpretationskunst deutscher Richter und könnte man beruhigt dem behördlichen Geschmack die Grenz wacht zwischen »Unsittlichkeit« und künstlerischer Darstellung anvertrauen, so hätte kein Aufrichtiger gegen die Bestrafung geschäftsmäßig betriebener Unflätigkeiten etwas einzuwenden. Soll es dem Auge des Gesetzes überlassen sein, die Grenzlinie zu finden, so wäre es vielleicht noch immer besser, es sähe durch die Brille des Juristen als durch die des Polizeimannes, dem ja erst

jüngst in Berlin die Unterscheidung zwischen den Nacktheiten eines Böcklin'schen Bildes und jenen der in der Friedrichstraße feilgebotenen Kolportagekunst nicht glücken wollte. Wir in Österreich sind, da unser Parlament nicht arbeitsfähig ist und somit eine lex Heinze noch nicht vorliegt, in die Kämpfe um das Zuhältergesetz — das zweite Fleischbeschaugesetz, das in dieser Session den deutschen Reichstag beschäftigt — nicht verwickelt und sollten objektiver die böse Heuchelei, die es eingebracht haben mag, von der böseren, die dawider protestiert, trennen. Aber unsere Unentwegten entwickeln einen unheimlichen Mut gegenüber der ausländischen Reaktion, die liberalen Blätter leitartikeln ohne Unterlaß und die »Concordia«, die so viel Mist vor ihrer eigenen Tür zu kehren hätte, spricht in einer Kundgebung an Paul Heyse von »heiser krächzenden Raben«, die, wenn ich mich recht erinnere, das Gebäude der Freiheit umflattern, und vergißt, daß die Dohlen, die auf das Gold der Banken und sonstigen Aktiengesellschaften gehen, nicht minder gefährliche Raubvögel sind. Im letzten Hefte der 'WIENER RUNDSCHAU' — die, wenn sie von den esoterischen Tändeleien und dem Kult einer unfruchtbaren Geheimkunst sich abkehrte, wirklichen Kulturzwecken zu dienen vermöchte — finde ich Worte, die jenes Heuchlertreiben, das hüben und drüben entbrannt ist, treffend charakterisieren. Herr Anton LINDNER, der, seit er den verstiegenen Lyriker abgestreift hat, in kräftiger, kaustischer, wenn auch manchmal hypertrophisch burlesker Prosa Kunstfragen zu Leibe geht, schreibt: » ... solche Verteidigung unserer 'vitalsten Interessen', solch aufdringlich klebrige Unterstützung widerfährt uns von dem nämlichen fashionablen Pöbel, der noch vor zehn oder fünfzehn Jahren, als die neue Kunst zum erstenmale die deutschen Spinnwebfenster aufstieß, vor den Nacktheiten eines Böcklin, eines Klinger, Keller, Stuck, die damals noch nicht salonfähig oder kapitalkräftig waren, frech zu witzeln sich erdreistete! Wahrlich, ist es auch in der Tat empörend, ja zum Himmel stinkend, daß man das potsdamerseits dekretierte XX. Jahrhundert mit Umsturzvorlagen und verbrecherischen Maulkorb—Paragraphen einsegnet, dann ist es nur noch degoutierender und demütigender für jeden freien Künstler und Mann, als Anwälte des eigenen Jammers, als Tröster im eigenen Gram, als Mitstreiter im eigenen Strauß die gesinnungslosesten, heuchlerischsten und feilsten Dickbäuche an seiner Seite zu sehen, die sich nun zähnestochernd und noch immer recht gönnerhaft tätschelnd herandrängen, um Schulter an Schulter mit jenen Wenigen zu Felde zu ziehen, deren 'Peinlichkeiten' sie ehemals verächtlich begeistert haben.« Der Freisinn, der im Berliner Tiergartenviertel endemisch ist, verteidigt jetzt neben Tizian und Böcklin vor allem Herrn SUDERMANN gegen die Übergriffe der Dunkelmänner. »Es ist nur selbstverständlich, daß aus einer so abstrusen Wirrnis der Leidenschaften, Phrasen, Standpunkte und Wertschätzungen — — bisweilen auch recht bizarre Silhouetten hervortauchen müssen — — Neben dem »langbärtigen Haupt Sudermanns, das wie der Kopf des Täufers über den Damenhüten des Massen—Meetings gigantisch emporwuchs, BEGAS, der königl. großpreussische Michel Angelo; er brauchte das Haupt nur zu wenden, das zweifach ambrosische, um mit der kühngeschwungenen Nase auf Anton v. WERNER zu stoßen, den Goya des Deutschen Reichs, der in seiner revolutionären Weise, just neben Wichert und Knaus, sein Scherflein dazu beitragen wollte, Preußens Nacktheit zu retten. Wo aber blieb Blumenthal? Blumenthal, der Einzige, den man sich in Wahrheit aus der Gesamtkultur unserer Tage 'nicht hinwegzudenken vermag', da er — nächst Nordau — in der Tat der EINZIGE VOLLGÜLTIGE REPRÄSENTANT UNSERER HEUTIGEN GROSSBÜRGERLICHEN GEISTIGKEIT in allen Ländern deutscher Zunge ist. In der ihm eigenen Bescheidenheit stand er wohl, wie das so seine Art ist, abseits vom großen Heerwege, dafür aber brachte sein Leibblatt

eine flammende Abwehr in einem so pomphaften Freiheitsschwulst, als hätte neben der unsittlichen Nacktheit unserer Kunstwerke gar auch die sittliche Lüsterheit unserer Possen und Schwänke von dieser lex Heinze etwas zu fürchten.« — Nun, am possierlichsten haben sich jedenfalls die königl. preußisch offiziellen Protestler gebärdet. Als die oben erwähnten sozialen Paragraphen, die die UNTERNEHMER zu fürchten hatten, beseitigt waren, fand der deutsche Künstler Anton v. Werner, daß nunmehr auch die deutsche KUNST sich zufrieden geben könne.

*Habitué.* Die Behauptung der Blätter, daß der Schwank des Herrn SCHEFRANEK seine Annahme am Deutschen Volkstheater einer Verwechslung verdanke, ist stichhaltig. Man fand das Stück in der Direktionskanzlei so schlecht, daß man meinte, nur BURCKHARD könne der Autor sein, und führte es auf.

*Herrn Max Burckhard, Wiener Autor.* Daß Sie einen Hut mit flacher Krempe tragen, das haben Sie nun glücklich zur allgemeinen Kenntnis gebracht. Auf die Dauer werden Sie aber, fürchte ich, damit allein die Kosten Ihrer Originalität nicht bestreiten können. Was Sie sonst anfangen sollen? Ich will Ihnen einen guten Rat geben. Sie zeigen doch offenkundig die Absicht, Ihre Leute durch ganz unerwartete Leistungen auf Gebieten, wo Ihnen niemand etwas zugetraut hätte, zu verblüffen. Also schreiben Sie doch einmal ein gutes Theaterstück!

*Leserin.* Da mein Blatt nur dreimal im Monat, die 'Neue Freie Presse' aber täglich erscheint, bleibt nichts anderes übrig, als Nachsicht zu üben. Ich habe nicht einmal für Herrn Alfred Kerr ein Plätzchen, der sich neulich als »gemäßigter« Stilclown zur Ehrung Heyses produzierte. Er schloß sich der Reihe jener Berliner Ästhetiker an, die in einem absonderlichen Deutsch, das die sich verjüngende 'Neue Freie Presse' für modern hält, unsere heimischen Schätze entdecken. Hatte Serwas—Franz Radetzky gerühmt, so sprach Kerr von dem »herrlichen Österreicher Arthur Schnitzler« ... Es war »crudel—schön«! Auch die Heyse—Telegramme aus Gardone, deren eines meldete, daß der Hund vor der Villa des Jubilars die Ohren spitze, haben Anklang gefunden.

---

Herausgeber und verantwortlicher Redacteur: **K a r l K r a u s.**  
Druck von Moriz Frisch, Wien, I., Bauernmarkt 3.

